Medienkommentar

Bauernaufstände in den Niederlanden – was steckt dahinter?

**Christianne van der Wal, Ministerin für Natur- und Stickstoffpolitik, stellte Anfang Juni den niederländischen Stickstoff-Plan vor. Dieser sieht eine Reduzierung der Stickstoff-Emissionen von 12 bis zu 95 Prozent vor. Dieser Plan hat großen Unmut unter den Landwirten in den Niederlanden ausgelöst. Doch steckt hinter diesen vermeintlichen Umweltschutzmaßnahmen nicht noch weit mehr dahinter als es den Anschein macht? Und wieso werden diese Maßnahmen in Zeiten einer drohenden Lebensmittelknappheit vorangetrieben?**

In den öffentlichen Medien wurde den seit Anfang Juli andauernden Protestaktionen der niederländischen Landwirte kaum Beachtung geschenkt. Auslöser war der von der niederländischen Ministerin für Natur- und Stickstoffpolitik, Christianne van der Wal, Anfang Juni vorgestellte Stickstoff-Plan. Dieser sieht eine Reduzierung der Stickstoff-Emissionen, je nach Provinz, von 12 bis zu 95 Prozent vor. Dadurch soll die Ammoniakverschmutzung bis 2030 halbiert werden. Konkret würde dies bedeuten, dass der Einsatz stickstoffhaltiger Düngemittel verboten und die Anzahl der Rinder, die ein Bauer halten darf, um 30 Prozent reduziert wird. Dies, weil aus dem durch die Nutztiere ausgeschiedenen Harnstoff Ammoniak entstehe, der zum Beispiel in Form von Gülle in die Natur gelange. Nach Einschätzung der Regierung würden die Maßnahmen etwa 30 Prozent der momentan rund 53.000 landwirtschaftlichen Betriebe zur Schließung zwingen, vor allem kleinere Betriebe und Familienbetriebe. Dieser Plan hat großen Unmut unter den Landwirten in den Niederlanden ausgelöst. Sie fühlen sich verraten, da sie sich an alle Regeln gehalten und nachhaltige Investitionen getätigt hätten. Sie vermissen eine Perspektive für die Landwirtschaft. Seither machen sie mit verschiedenen Protestaktionen auf sich aufmerksam: Sie blockieren immer wieder Straßen, aber auch Zugänge zu Supermärkten und ziehen vor Regierungsgebäude, um ihren Unmut kundzutun.

Doch steckt hinter diesen vermeintlichen Umweltschutzmaßnahmen nicht noch weit mehr dahinter als es den Anschein macht? Und wieso werden diese Maßnahmen in Zeiten einer drohenden Lebensmittelknappheit aufgrund des Ukraine-Konfliktes vorangetrieben? Müsste da nicht ein Überschuss an Lebensmitteln das Ziel einer weltweiten Politik sein?

Die Niederlande ist nicht das einzige Land, in dem Bauernbetriebe vor dem Aus stehen. So berichtet z.B. das Aufklärungsportal OffGuardian, dass sowohl in Großbritannien als auch in den USA Programme aufgelegt wurden, um Bauern dafür zu bezahlen, ihren Beruf an den Nagel zu hängen und ihr Land dem Staat zur Verfügung zu stellen. In den USA wurden bereits über 35,2 Millionen Hektar Ackerland an Investoren verkauft. Unter dem Vorwand der Vogelgrippe wurden in den USA, dem weltweit größten Exporteur von Hühnern und Eiern, aber auch in Frankreich, Kanada und Großbritannien, Millionen von Hühnern vernichtet. Zudem steigt schon seit Längerem der Preis für Gas und Öl. Zusammen mit den antirussischen Sanktionen, die einen Ausfall von Gas und Öl beinahe unvermeidlich machen, setzt diese Entwicklung die am Existenzminimum arbeitenden Landwirte unter Druck. Oftmals können sie sich die gestiegenen Treibstoff- und Energiekosten nicht mehr leisten. Auch die Molkereien schlagen Alarm. Ohne Gas kann die Milch nicht verarbeitet werden. Käse, Milch und Butter könnten in Zukunft in den Supermarktregalen fehlen. Alles in allem zeichnet sich eine baldige Katastrophe für die Lebensmittelversorgung im Westen ab.

Ist dies ein Zufall oder vielleicht sogar gezielt herbeigeführt? Die Rockefeller-Stiftung hat am 28. Juli 2020 den Bericht „Reset the Table: Meeting the Moment to Transform the U.S. Food System“ („Den Tisch neu decken: Der Moment zur Umgestaltung des amerikanischen Lebensmittelsystems“) veröffentlicht. In dem Bericht ist von schwerwiegenden Auswirkungen auf die Lebensmittelversorgung die Rede, die es zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht gab. Als Lösung aus der Krise sah die Rockefeller-Stiftung die totale Umgestaltung des gesamten Lebensmittelsystems und der damit verbundenen Versorgungskette. Nur einen Monat zuvor verkündete das World Economic Forum (WEF) den „Great Reset“ mit einer ähnlichen Vision. Dazu hat das WEF zusammen mit der UN einen gemeinsamen Bericht mit dem Titel „Transforming Food Systems: Pathways for country-led innovations“ („Lebensmittelsysteme umgestalten: Wege für ländergeführte Innovationen“) veröffentlicht. Darin werden die Digitalisierung und Zentralisierung der Nahrungsmittelproduktion als ein wichtiger Schlüssel angesprochen. Craig Rucker, Vorsitzender des Komitees für ein konstruktives Morgen (CFACT) sagte gegenüber der Epoch Times, dass die UN, das WEF und große Unternehmen, wie BlackRock und Vanguard, zusammenarbeiten, um die Kontrolle über die weltweiten Lebensmittel zu übernehmen. Diese Entwicklung ist tatsächlich aktuell in der Ukraine sichtbar, wo die Agrar- und Biotech-Giganten Monsanto, DuPont und Cargill riesige Ackerflächen erwerben. Zusammen kauften diese US-amerikanischen Firmen bereits zirka 17 Millionen Hektar Ackerland im Osten und Süden der Ukraine auf. Im Falle von Monsanto und DuPont sind BlackRock und Vanguard Hauptanteilseigner.

Zurück nun zu den Bauernprotesten in den Niederlanden: Dienen unter diesem Aspekt die dortigen Maßnahmen also wirklich der „Rettung der Natur“ und „Bekämpfung des Klimawandels“? Oder sehen wir hier die praktische Umsetzung der Ziele des WEF mit einer Zentralisierung der Nahrungsmittelproduktion? Dies sollte unbedingt weiter beobachtet werden.

**von sak./faj.**

**Quellen:**

Stickstoff-Plan Niederlande:
<https://www.fr.de/wirtschaft/es-regnet-guelle-91642724.html>
<https://www.youtube.com/watch?v=_ZE6f_ccQsc>
<https://www.schweizerbauer.ch/politik-wirtschaft/international/rechtsextreme-und-die-bauernproteste/>
<https://ansage.org/bauernkriege-2-0/>
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/luft/fachinformationen/luftschadstoffquellen/landwirtschaft-als-luftschadstoffquelle.html>
<https://uncutnews.ch/experten-weltwirtschaftsforum-steckt-hinter-globalem-krieg-gegen-die-bauern/>
Zusammenbruch der Nahrungsmittelproduktion:
<https://off-guardian.org/2022/06/29/theyre-coming-for-your-backyard-chickens/>
<https://off-guardian.org/2022/04/25/5-signs-they-are-creating-a-food-crisis/>
<https://uncutnews.ch/das-neue-kontrollierte-lebensmittelsystem-ist-jetzt-in-kraft-und-sie-werden-vor-nichts-halt-machen-um-ihre-kontrolle-zu-erweitern/>
Ackerlandkauf in der Ukraine:
<https://unser-mitteleuropa.com/monsanto-und-black-rock-bald-gaenzlich-als-eigentuemer-der-ukraine/>
Ziele von Rockefeller-Stiftung und WEF:
<https://www.rubikon.news/artikel/der-neue-feudalismus-2>
<https://www.rockefellerfoundation.org/report/reset-the-table-meeting-the-moment-to-transform-the-u-s-food-system/>

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#GreatReset - [www.kla.tv/GreatReset](https://www.kla.tv/GreatReset)

#Umwelt - [www.kla.tv/Umwelt](https://www.kla.tv/Umwelt)

#Landwirte - [www.kla.tv/Landwirte](https://www.kla.tv/Landwirte)

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](https://www.kla.tv/Medienkommentare)

**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz:  Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.